

DIE REPUBLIKANER

Stellungnahme zum Haushalt 2011 zur STAVO am 10.02.2011

Hellau Herr Hesse!

Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher, werter Herr Bürgermeister, meine lieben Kolleginnen und Kollegen,

Sie brauchen keine Bedenken zu haben, haben Sie was Herr Runge, ja wie denn, ich hab so ein lautes Organ. Wenn es Ihnen nicht passt, dann können Sie ja gerne rausgehen, oder? Und können von draußen zuhören. Warum soll wegen Ihnen hier leiser reden, wenn Sie was mit den Ohren anscheinend haben und die Lautstärke nicht verstehen können, kann ich auch nichts dazu. Genau, können Sie auch von draußen zuhören.

Ich fasse mich heute kürzer als sonst und werde auch keine Horrorszenarien verkünden. Meine Vorredner haben in ihren Ausführungen die Eckdaten des vorliegenden Haushaltsplanes bereits ausführlich dargelegt, so dass ich mich auf wenige grundsätzliche Aussagen beschränken darf. Aus Zeitgründen will ich nichts Bekanntes wiederholen, denn das Zahlenwerk dürfte mittlerweile Jedermann bekannt sein.

Meiner diesjährigen Stellungnahme zum Haushalt darf ich ein bemerkenswertes aber auch widersprüchliches Zitat voranstellen, welches aus einem Roman des italienischen Autors Giuseppe Tomasi stammt: „Wenn wir wollen, dass alles so bleibt, wie es ist, dann ist es nötig, das alles sich verändert.“

Meine Damen und Herren, die Republikaner-Fraktion befürwortet Veränderungen und baut auch gerne auf diese auf, das heißt aber nicht, dass wir alles beim Alten belassen wollen. Alles beim Alten zu belassen wie es ist, kann in unserer heutigen Zeit nicht funktionieren und würde sich eher kontraproduktiv zum Fortschritt und zur Akzeptanz unserer örtlichen Politik auswirken.

Die schon seit einigen Jahren vorhandene negative Situation der Gemeindefinanzen nimmt stetig zu und hat bereits dramatische Ausmaße angenommen. Die kommunale Selbstverwaltung – die freie Verwaltung der Kommunalangelegenheiten – welche wir heute auch als lokale Demokratie bezeichnen, gerät nicht, sondern befindet sich bereits in großer Gefahr.

Die durch habgierige Banken verursachte Finanzkrise, die aufgrund der jüngsten Steuerreform hervorgerufenen Mindereinnahmen und die bevorstehende Senkung des kommunalen Finanzausgleichs durch Entnahme von 400 Mio. Euro aus der Verbundmasse hier in Hessen, werden auf unsere Kommunen ganz deutliche bis dramatische Auswirkungen entfalten und der kommunalen Selbstverwaltung zunehmend das Ende bereiten.

Wenn aufgrund der wegbrechenden Finanzen in den kommunalen Parlamenten der eigene Gestaltungsspielraum immer weiter eingeschränkt wird, nur noch Pflichtaufgaben erledigt werden können, wo nur noch über Streichungen freiwilliger Leistungen und über Gebühren- und Beitragserhöhungen zu entscheiden ist, dann

werden immer weniger Bürgerinnen und Bürger sich bereit erklären, ein kommunalpolitisches Mandat zu übernehmen. Schon jetzt gelingt es kaum noch, für die Kommunalwahllisten genügend Kandidaten zu finden. Der lokalen Demokratie droht hierdurch gefährlicher Substanzverlust. Aufgrund der zurückgehenden kommunalen Leistungen werden sich immer weniger Menschen mit ihrem Wohnort identifizieren. Dies wird nicht nur deutliche Auswirkungen für die Wahlbeteiligung insbesondere bei den Kommunal- und Bürgermeisterwahlen haben, sondern auch für die Bereitschaft, sich in sozialen Bereichen ehrenamtliche zu engagieren. Bund und Land müssen sich deshalb bewusst werden, dass ihre eigene demokratische Legitimation in Gefahr gerät, wenn der lokalen Demokratie die Akteure wegbleiben. Die lokale Demokratie ist die Basis unseres demokratischen Staates. Und welche Zukunft kann dieser demokratische Staat haben, wenn ihm die Basis wegbricht? Unabdingbare Grundbedingungen für eine erfolgreiche Zukunftsgestaltung der kommunalen Selbstverwaltung sind Wahrheit und Soziale Gerechtigkeit. Klare Worte, klare Kante, nur das schafft Vertrauen in die örtliche Politik!

Die grundsätzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung war noch nie so stark gefährdet wie heute. Die kommunale Selbstverwaltung, die lokale Demokratie, unser demokratisches Gemeinwesen ist die Basis unseres demokratischen Staates und hat insgesamt nur dann eine Zukunft, wenn Landes- und Bundespolitik die Kommunen nicht ausbluten lassen, sondern über uns Kommunen einen Schutzschirm aufspannen. Wenn wir keinen vernünftigen Finanzausgleich für die uns zugewiesenen Aufgaben erhalten, gibt es in Zukunft keine nennenswerte kommunale Selbstverwaltung mehr. Die Kommunen sind für die Stabilität der Bundesrepublik Deutschland systematisch noch wichtiger als die zu rettenden Banken es waren und müssen daher eine ausreichende finanzielle Unterstützung erhalten. Mit weiteren Einsparungen, Gebührenerhöhungen oder auch interkommunaler Zusammenarbeit allein ist es nicht getan. Was wir als Kommunen benötigen ist ein Rettungsschirm, der die Investitionskraft unserer Städte und Gemeinden stärkt, Wachstum ermöglicht und die Handlungsfähigkeit unserer Kommunen sichert.

Unsere Bürgerinnen und Bürger haben schon einen nicht unerheblichen Anteil zur Bewältigung der Finanzkrise geleistet. Wer meint, er könne zu Lasten der Beschäftigten, der kleinen Leute und der Ärmsten in unserer Gesellschaft weiter sparen oder sie zur Kasse bitten, der irrt gewaltig.

Ich kann Bund und Land nur davor warnen, die Kommunen aus dem Auge zu verlieren und auf deren Kosten und damit gegen unsere Bürger zu agieren. Der Bürger steht vor dem Rathaus – nicht vor dem Landtag oder Bundestag! Die Menschen werden zukünftig bei Fortschreiten der sozialen Ungerechtigkeiten sich sicherlich nicht mehr der lautlos klagenden Resignation hingeben, sondern ihren Unmut mit einem deutlichen bis lauten Bürgerprotest zum Ausdruck bringen. Und wie dieser aussehen kann, haben wir ja in den vergangenen Tagen erst durch die Weltpresse in Erfahrung bringen können.

Meine Damen und Herren, Defizite und Schulden von heute sind die Steuern und Abgaben von morgen. Unsere städtische Finanzlage lässt trotz einer Erholung jedoch keinen optimistischen Blick in die Zukunft zu. In Folge liegt uns wieder ein unausgeglichener Haushalt vor. Hierfür möchte meine Fraktion nicht dem Kämmerer die Schuld zuweisen, sondern unseren Gesetzgebern in Bund und Land. Ich erspare mir hierzu weitere Erläuterungen, da diese allseits bekannt sind.

Dank Steuermehreinnahmen kann das aktuelle Haushaltsdefizit zwar gesenkt werden, das Gesamtdefizit bis zum Ende des diesjährigen Haushaltsjahres wird sich laut Prognose jedoch in einer Höhe von rd. 15,42 Mio. bewegen.

Der Finanzmittelfehlbetrag im Ergebnishaushalt beläuft sich auf rund 3,48 Mio. EUR, im Gesamtfinanzplan ergibt sich ein voraussichtliches Defizit in Höhe von rd. 431.000 EUR. Investitionen in Höhe von rd. 4,27 Mio. EUR machen zu deren Finanzierung eine erneute Kreditaufnahme in Höhe von rd. 1,35 Mio. EUR erforderlich.

- Das Gewerbesteueraufkommen ist mit rd. 25,7 Mio. EUR veranschlagt
- an Gewerbesteuerumlage haben wir rd. 5,37 Mio. EUR und an
- Kreis- und Schulumlage rd. 14,57 Mio. EUR an unseren LK abzuführen
- Der Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer als zweitgrößte Einnahmequelle unseres städtischen Haushalt erhöht sich gegenüber dem Vorjahr leicht und beläuft sich auf geschätzte 5,85 Mio. EUR
- Die drittgrößte Einnahmequelle, der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer, der sich ebenfalls geringfügig erhöht, ist mit rd. 2,5 Mio. EUR veranschlagt
- Die Personal- und Versorgungsaufwendungen werden mit rd. 5,8 Mio. EUR veranschlagt.

Dies meine Damen und Herren, sind die wesentlichen Eckdaten, welche unseren Haushalt maßgeblich prägen. Auf weitere Haushaltszahlen möchte ich aus Zeitgründen nicht eingehen.

Auch wenn sich die Eckdaten des diesjährigen Haushalts gegenüber der Vorjahresplanung verbessert haben, ist dies noch kein Grund zur Freude. Hoffnung lässt höchstensfalls die deutliche Verbesserung in der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung aufkommen. Wir sind noch lange nicht über den Berg, meine Damen und Herren!

Aufgrund des unausgeglichene Haushalts musste ebenfalls wieder in Folge nach dem Erlass des Landes ein Haushaltssicherungskonzept erstellt werden. Die daraus resultierenden Einsparungen in den ordentlichen Aufwendungen ergeben sich z. B. aus einer Anhebung im Bereich der Friedhofsgebühren.

Ebenso sind Einsparungen in vielen Bereichen für Sach- und Dienstleistungen vorgesehen.

Obwohl die zukünftigen Gebühren unserer Stadt im Vergleich zu den umliegenden Städten und Gemeinden sich noch im unteren Level bewegen, kann meine Fraktion diese Gebührenerhebung nicht für gut heißen, da die Erhöhung in einer noch finanziell sehr schwierigen Zeit kommt. Einer Anhebung dieser Gebühren hat die Republikaner-Fraktion unlängst ihre Zustimmung verweigert. Ob man diese Anhebung als moderat bezeichnen kann, darf ich anzweifeln. Man kann keine Äpfel mit Birnen vergleichen, wenn man sich vor Augen führt, dass die überwiegende Teil unserer Einwohnerinnen und Einwohner finanziell im unteren Level bewegt. Anscheinend sind hier in diesem Hause genügend Abgeordnete vertreten, denen es finanziell noch zu gut geht.

Noch ärgerlicher ist jedoch, dass die eingeplanten Mehrerträge aus Gebührenerhebungen in Höhe von rd. 12.000 EUR durch die neu eingeführte Kompensationsumlage wieder abzuführen sind. An Kompensationsumlage sind rd. 450.000 EUR veranschlagt. Die Kommunen versuchen anhand von schmerzhaften Einsparungen, durch Steuer- und Gebührenerhebungen ihre Defizite zu verringern,

müssen jedoch im gleichen Atemzug neuerdings ein Vielfaches mehr zusätzlich an Kompensationsumlagezahlungen an das Land abführen. Meine Damen und Herren, das verträgt sich nicht! Das Fass läuft nicht **bald** über, das Fass **ist** bereits übergelaufen!

Auch das Land ist zum Sparen gezwungen und holt sich demnach anhand von Umlagen fehlendes Geld von den kreisangehörigen Kommunen wieder zurück. Die Folge daraus ist, dass die Kommunen genauso handeln müssen und sich Gelder anhand von Steuer- und Gebührenerhöhungen von ihren Einwohnern holen. Demzufolge braucht sich niemand über die Handlungsweise des Landes aufregen, denn die Kommunen sind auch nicht besser. Das Prinzip ist die Abzocke von oben nach unten und ist ja nicht neu. Das alles grenzt schon an modernem Raubrittertum!

Dass die Abhaltung unseres Hessentags ein Defizit hervorrufen und sich die städtische Gesamtverschuldung erhöhen wird, war Jedermann im Vorfeld bekannt. Immer wieder ist aus der Bevölkerung zu hören, dass wir, die Verantwortlichen, für das aus dem Hessentag resultierende Defizit verantwortlich gemacht werden. Meine Damen und Herren, damit kann ich leben. Den kritisierenden Menschen muss klar gemacht werden, dass wir mit vielen Millionen Euro, die uns an Zuschüssen von Bund und Land zugeflossen sind, im erheblichen Maße die Infrastruktur unserer Stadt verbessern konnten. Wir konnten Maßnahmen ergreifen, welche zur nachhaltigen Verbesserung der städtischen Infrastruktur geführt haben. Maßnahmen, die uns in den nächsten Jahren sonst aufgrund der Finanzierbarkeit überhaupt nicht möglich gewesen wären.

Zu den vorliegenden Haushaltsanträgen der SPD-Fraktion darf ich wie folgt Stellung beziehen: Der Streichung des Mittelansatzes in Höhe von 100.000 EUR zur Sanierung historischer Ortskerne erteilt die Republikaner-Fraktion ihre Zustimmung. Bereits in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung hatte meine Fraktion gegen diesen Antrag gestimmt und logischerweise stimmen wir auch heute der Streichung zu. Ich hatte unsere ablehnende Meinung bereits ausführlich begründet und darf heute nochmals wiederholen, dass wir derartige Finanzaufwendungen in einer wirtschaftlich sehr schwierigen Zeit dem Bürger und Steuerzahler nur sehr schwer vermitteln können. Und daran ändert auch nichts, wenn die beabsichtigten Mittelveranschlagungen schon bereits im Haushalt eingeplanten, aber nicht verausgabten Investitionsvorhaben zur Umschichtung gelangen können. Meine Fraktion hätte keine Einwendungen erhoben, wenn diese Investitionen bei ausreichenden Haushaltsmitteln erfolgt wäre. In den letzten Haushaltsdebatten hatte ich immer wieder erwähnt, dass zumindest für die Republikaner-Fraktion Notwendiges vor Wünschenswertes zu rangieren hat. Meine Fraktion hält auch hier und heute noch an ihrem Grundsatz fest. Sollte der vorliegende Antrag trotz aller Bedenken heute abgelehnt werden, so wäre die logische Schlussfolgerung, dass meine Fraktion auch dem vorliegenden Haushalt ihre Zustimmung verweigern müsste.

Ja, meine Damen und Herren, wir würden uns in einer sehr unschönen Situation befinden, aber warum sollten wir den Haushalt ablehnen und uns ggf. an einer vorläufigen Haushaltsführung unterwerfen? Ich glaube, der Schaden für unsere Stadt und letztendlich für unseren Bürger wäre dann wesentlich gravierender. Dem weiteren Antrag der SPD-Fraktion zur Streichung der eingeplanten Investition für den Neubau des Festplatzes lehnt meine Fraktion jedoch ab. Meine Damen und Herren, wir befinden uns mitten im Kommunalwahlkampf. Demzufolge ist für meine Fraktion

das Ansinnen der SPD-Fraktion auch ganz klar. Mit Nichtigkeiten versuchen ins Gespräch zu kommen. Sie, meine Damen und Herren der SPD-Fraktion, versucht das berühmte Haar in der Suppe zu suchen, um den vorliegenden Haushalt nur ablehnen zu können. Oder Herr Hesse, soll ihre ablehnende Haltung nur eine Retourkutsche gegenüber dem Bürgermeister sein, weil Sie eines nicht vergessen können. Hierbei will ich es auch belassen. Kollege Ryborsch hat bereits zu diesem Thema ausführliche Erklärungen abgegeben. Hinsichtlich der Abstimmung zu den beiden Haushaltsanträgen beantrage ich hiermit eine punktuelle Abstimmung, Herr Stadtverordnetenvorsteher.

Wie immer haben wir einen Haushalt vorliegen, der sich im Gegensatz zu anderen Kommunen unserer Größenordnung noch sehen lassen kann.

Ebenso als Positiv betrachten wir den Wirtschaftsplan für den Eigenbetrieb „Stadtwerke“ und den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes „Dienstleistungen und Immobilien“.

Da Ihnen allen die Eckdaten beider Wirtschaftspläne bekannt sind, darf ich mir erlauben, auch auf diese nicht weiter einzugehen.

Wie immer an dieser Stelle möchte ich mich auch im Namen meiner Fraktion bei all den Kräften der Finanzverwaltung und allen übrigen am Zahlenwerk Beteiligten für die umfassende, überschaubare und detaillierte Darstellung des diesjährigen Haushaltsplanes bedanken.

Die Republikaner Fraktion wird der vorliegenden Haushaltssatzung sowie beiden Wirtschaftsplänen ihre Zustimmung erteilen.

Schönen Dank.